

Zeitschriftenschau/Aktuelle Debatten

Argumente und Widersprüche: Nachträge zu „Marx 200“

Der 200. Geburtstag von Karl Marx und das seit 1968 vergangene Halbjahrhundert standen für die politische Linke im Mittelpunkt des abgelaufenen Gedenkjahres 2018, wenn man vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution absieht. „Marx‘ Rückholung in den Westen durch die 68er“ ist das Thema des Heftes 5/2018 der Zeitschrift *Das Argument*.¹ Die runden Daten geben Anlass, so das Editorial, die Gegenwart zu vermessen: Die „marxistische Arbeiterbewegung kaum ein Schatten ihrer selbst; die Staat gewordene Russische Revolution (...) nurmehr Objekt endloser Anschwärzung (...); ihre Tochter, die Chinesische Revolution – Konjunkturlokomotive des Weltkapitalismus“, Wiederaufleben einer „faschistoiden Bewegung“ in Deutschland (611). Die Ausgabe behandelt das Doppeljubiläum vor allem in Form von Rezensionen. Es geht um „Rasse“, Klasse und Geschlecht im Kriminalroman *Grand Park* des US-Schriftstellers Leonard Pitts (P. Jehle), Ueli Mäder und „1968“ in der Schweiz (F. Haug), Sozial- vs. Künstlerkritik bei Frank Deppe (F. Flörshemer), Bernd Warneken und die damalige Studentenbewegung in Tübingen (W. F. Haug), Armin Nassehi, der 1968ff. als „Inklusionsschub“ interpretieren will (P. Warneken), Peter Cardorffs „Loblied“ (K. Götze) und Elmar Altvaters Verhältnis zum *Argument* bzw. zum *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (W. F. Haug und E. Altvater). Eigenständige Aufsätze widmen sich „Marx im politischen Kampf“ (J. Quétier), Widersprüchen im Marxismus bzw. im marxistischen Feminismus (W.F. und F. Haug), dem Humanismus der Marx’schen Frühschriften (D. Novkovic & A. Akel) und der Gestaltungsethik des DDR-Architektur- und Designtheoretikers Lothar Kühne (J. Loheit).

Mehrere Beiträge analysieren kritisch aktuelle Marx-Biografien und Kommentierungen, wobei Klaus Weber wohl übers Ziel hinausschießt, wenn er Michael Heinrich die Rechtschreibfehler im Buch vorhält. Lesenswert ist W.F. Haugs Kritik des von rechtsradikalen Autoren vorgelegten Bandes *Marx von rechts*. Benedikt Kaiser will rechte Ideologien mit linken, antikapitalistischen Versatzstücken anreichern, um sie für „Jugendliche attraktiv“ zu machen und einer eingebildeten „Querfront aus Kapital und Antifaschismus“ entgegenzutreten (zit. n. 676). Haug zeigt, was Kaiser von Marx entwendet und verfälscht; unter anderem setzt er die „industrielle Reservearmee“ mit „Masseneinwanderung“ gleich. Philip Stein fordert im Vorwort, den „Klassenkampf innerhalb der europäischen Gemeinschaften abzuwenden“ (zit. n. 675). Haug macht deutlich, dass scheinbar progressive antikapitalistische Aussagen reaktionär werden, wenn man sie aus ihrem Kontext löst und ins Korsett einer rechten Ideologie presst. Um zu verstehen, mit wem man es zu tun hat, wäre vielleicht noch der Hinweis nützlich gewesen, dass Kaiser nicht nur Lektor beim Rechtsaußen-Verlag Antaios ist, sondern auch einst enge Kontakte zu den mittlerweile verbotenen „Nationalen So-

¹ Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 329, 5/2018, Marx 200, Achtundsechzig 50. 149 Seiten, 13 Euro.

zialisten Chemnitz“ pflegte (vgl. *taz*, Nord, 25.10.2018), wengleich er sich im besprochenen Band von der NS-Version des Faschismus distanziert.

Auch die Zeitschrift *Widersprüche* hat einen Heftschwerpunkt zu „200 Jahre Karl Marx“ veröffentlicht.² Leider muss man sagen, dass die meisten Autoren Marx nur als Stichwortgeber benützen, um dem Publikum eigene, zum Teil kryptisch und im Nominalstil formulierte Thesen vorzustellen. „Karl Marx heute“ nennt Heinz Sünker seinen Text, der so überallgemein ist wie der Titel und bedauerlicherweise sprachliche Unglücke enthält. Eine Kostprobe: „Entwicklungen der unterschiedlichen Gestalten und Gestaltungen von Kapitalismus zeigen (...), dass zeitdiagnostische wie auch gesellschaftsanalytische Bemühungen um die Gegenwart in den Konsequenzen für Gesellschaftsstrukturen wie Existenzweisen und Lebensqualitäten aufzeigen und nachweisen, wie diese emanzipatorische Perspektive im Interesse einer Sicherung des Überlebens unseres Planeten wichtiger denn je ist.“ (12). Friedhelm Schütte verspricht in seinem Titel, sich mit der „digitalen Maschinerie“ zu beschäftigen, gelangt aber nur zu ebenso apodiktischen wie unverständlichen Postulaten: „Fällt die bürgerliche Gesellschaften hinter ihre eigene Rationalität zurück, dessen (sic!) Zerfall und Erosion augenscheinlich ist, dann brechen nicht nur ganze ‚Kulturen‘ nebst ‚Nationen‘ (...) zusammen, sondern auch die Ideen von Hospitalität, Solidarität und Egalität verkommen zu einer instrumentellen Chimäre. Sie zielen auf merkantile Aufmerksamkeit, nicht auf formlose Anerkennung von Subjektivität.“ (38). Horst Müller will das Kapital und technische Innovation stärker besteuern, diskutiert wird unter anderem eine „Robotersteuer“. „Überproduktionen“ sollen in „sozialwirtschaftliche Dienste“ umgelenkt werden (64). Unter der Hand wird der Kapitalismus zum „Sozialkapitalismus“. Ulrich Duchrow meint, der Club of Rome hätte etwas von Marx lernen können. Nachdem er den Inhalt der jüngsten Club-Publikation referiert hat, verweist er auf Marx' Begriff des Warenfetischismus und behauptet sodann, der Kapitalismus sei eine Religion, die „auch ‚geistlich‘ geschlagen“ (80) werden müsse. Auch er neigt zu unpassenden Formulierungen, so spricht er etwa von einer „Vergewaltigung der Wirklichkeit durch die Abstraktion des Geldvermehrungsmechanismus“ (80).

Silvia Kontos geht so gut wie gar nicht auf die Marxsche Theorie ein. Sie interpretiert die „Wiederentdeckung der Marxschen Theorie“ durch die 68er-Bewegung als „vergleichsweise orthodox“ ein (43) und ignoriert damit die Eigenarten der damaligen Marxrezeption. Die Frauenbewegung habe sich einer „Re-Traditionalisierung linker Politik“ (43) unter anderem deshalb entziehen können, weil ihre Politik ein Import aus den USA gewesen war, deren „politische Szenerie sehr viel weniger durch linke Politiktraditionen geprägt war“ (44). Dies ist eine recht befremdliche These angesichts der Tatsache, dass feministische, antirassistische und andere fortschrittliche Strömungen in den USA auch an sozialistische Traditionen anknüpften, wengleich die libera-

² *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 150, Dez. 2018, 200 Jahre Karl Marx – das Alte im Neuen, das Neue im Alten. 156 Seiten, 15 Euro.

len Perspektiven auf „1968“ das gern vernachlässigen. Den mit Abstand interessantesten Text des Schwerpunktes hat Tove Soiland beigesteuert. Sie rekonstruiert die Theorie von Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronica Bennholdt-Thomsen. Die drei der Bielefelder Soziologinnen orientierten sich in den 1970ern an Rosa Luxemburgs *Akkumulation des Kapitals* und argumentierten, dass die teils bezahlte, teils unbezahlte und nicht nach kapitalistischen Prinzipien organisierte (Sorge-) Arbeit von Frauen notwendig zum Erhalt des Kapitalismus seien, ähnlich wie koloniale Landnahmen, die Luxemburg untersucht habe. Angesichts sich ausbreitender Lohnarbeitsverhältnisse im „Care-Sektor“, so die These Soilands, verlaufe der zentrale Widerspruch nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen „dem wertschöpfungsschwachen und dem wertschöpfungsstarken Sektor“ (100). Allerdings wird diese These nicht überzeugend begründet, auch fehlt eine systematische Unterscheidung zwischen „produktiver“, an Warentausch orientierter Arbeit und „unproduktiver“ Arbeit, die aus Versicherungsleistungen oder Steuern bezahlt wird.

Michael Zander

Klassenpolitik Ost – Klassenpolitik West?

In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „telegraph“ werden unter dem Motto „Den Pessimismus organisieren!“¹ zur „Klassenpolitik“ einige Aspekte diskutiert, die so bislang eine nur untergeordnete Rolle spielen. Die Zeitschrift ist aus dem linkslastigen Teil der DDR-Bürgerbewegungen hervorgegangen und sorgt sich nicht nur um die Aufarbeitung dessen, was die DDR war, sondern sucht zunehmend eine spezifisch ostdeutsche Sicht auf die sozialen Prozesse im vereinten Deutschland einzubringen. Auch ihre Macher sind besorgt über eine Entwicklung, in der eine wie auch immer geartete linke oder zumindest linksliberale Meinungsführerschaft, geschweige denn Gestaltungskraft verloren scheint. Schlimmer: „Erleben wir zurzeit nicht eher eine ‚Schnauze voll – Mentalität‘, nur in eine Richtung wie wir sie nicht wollen: antiemanzipatorisch, rückwärtsgewandt“? (6f) Sie wollen aus dieser Falle heraus, Alternativen organisieren, soziale Kämpfe in ihrer internationalen Dimension bewusst machen. In einem Interview mit der im State New York und in Rotterdam lehrenden US-amerikanischen Politologin Jodi Dean soll dies eine „neue Klassenpolitik“ leisten. Dean will einen Sozialismus wiederbeleben, der sich von den osteuropäischen, stalinistischen Verwerfungen abhebt. Gleichzeitig will sie feministische Ansätze für solche Alternativen nutzbar machen. Sie hat keinen Zweifel, dass Linke wissen müssten, „wogegen wir kämpfen“. Hier hätten sie nach 1989 resigniert. „Oft geht es nur noch darum, einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu erreichen. Den gibt es aber nicht. Er ist ein Mythos, Was wir also brauchen, ist eine Klassenpolitik, die erkennt, dass unsere Probleme vom Kapitalismus ausgehen.“ (11) Nur so könne

¹ telegraph, Berlin, H. 133/134 (2019), 212 Seiten, Doppelnummer, 10,00 Euro plus Versandkosten. Bezug: info@telegraph.cc oder unter <http://telegraph.cc/kontakt/>.

Rechts gestoppt und zurückgedrängt werden. Da helfe ein Ausspielen von Identitätspolitik gegen Klassenpolitik wenig. Dean verlangt, „die Frage nach dem ‚Warum?‘ (zu) stellen“ (17). Diese Frage kann das Ansprechen von Problemen spezifischer Gruppen bedeuten. Das Ziel ist aber die Entwicklung einer Strategie einer vielschichtigen Klasse gegen das Kapital, hier müssen diverse Identitäten und Klassenpolitik zusammenfinden.

Nicht zufällig wird dies von verschiedenen Autoren in Auseinandersetzung mit Migrationsfragen diskutiert. Peter Nowak plädiert für einen „proletarischen Antirassismus“. Marek Winter hält dagegen, weil die schwache hiesige Linke wohl kaum in der Lage sei, die gewünschten Veränderungen in den Fluchtländern auszulösen. „Das ganze Desaster der Migration übers Mittelmeer ist ein Vorschein der Katastrophen, denen wir beschleunigt entgegen gehen. Um diesen entgegenzutreten muss hier was passieren. Und wir müssen’s erledigen. So schwer und unwahrscheinlich das auch erscheint.“ (100)

Bernd B. nimmt sich der sozialen Kämpfen, ihrer theoretischen Begründung und praktischen Umsetzung aus Ostperspektive an. Für ihn sind westdeutsche Sichtweisen jene, die sich längst von den ursprünglichen sozialen Kontexten gelöst und als Ersatz sich auf Fragen der Identitäten, der Nebenwidersprüche eingelassen haben: „Das der Zuspruch zum Rechtsaußen-Flügel besonders im Osten zu beobachten ist, liegt nicht etwa daran, dass der gemeine Ostler noch nie einen Ausländer gesehen hätte und der Realsozialismus wegen seines Rassismus und Nationalismus deshalb keiner war, nur zwei von vielen Anmaßungen einer westdeutschen Linken, sondern daran, dass seit der Wiedervereinigung die Lage der Menschen dort, wo es eigentlich keine eigene Oberschicht gibt, so prekär war und bis heute geblieben ist, dass auf eine potentielle Verschlechterung materieller Einkommensmöglichkeiten, mit Unruhe reagiert wird.“ (74f) Hier fehlte eine Mittelschicht, dafür gibt es viele Pendler, einen Exodus der Jungen, die in den Westen ihren Berufsweg suchen müssen. „Zurück bleiben die Rentner, die Wende-Verlierer und die Wenigen, die sich nach der Deindustrialisierung unter Schwierigkeiten eine Existenz aufgebaut haben.“ (75) Die Westler geben auf diese Entwicklungen keine Antwort.

Der Autor verzweifelt allerdings an dem Umstand, dass genau diese Wende-Verlierer zum wiederholten Male ihre politische Mündigkeit (so würde es der Rezensent sagen) verspielen. Denn sie fallen mit ihrem „Reflex der Ostler nach sozialer Sicherheit wieder auf westdeutsche Versprechungen (herein), wie bei den blühenden Landschaften, die nach 1989 versprochen wurden. Eine Generation lässt sich zum zweiten Mal verarschen, und zwar mit demselben Trick. Wie war das mit der Naivität, wenn man immer dasselbe tut und auf ein anderes Ergebnis hofft, oder der Geschichte und der Farce, wenn sie sich wiederholt? „Lernfähigkeit ist also nicht das, was hier heute umtreibt. Allerdings auch nicht das Akzeptieren von linken Alternativen. „Ein kurzer Blick in die wirtschaftspolitischen Grundsätze der AfD und auf die geographische wie soziale Herkunft ihres Führungspersonals sollte eigentlich ausreichen, damit Realismus an die Stelle einer trunkenen Deuschtümelei tritt.“ (75)

B. hebt hervor, dass es einen wesentlichen Unterschied zwischen der östlichen und westlichen Sicht auf die heutigen Probleme gibt. In der DDR war die Gesellschaft, bei allen Begrenztheiten, auf Arbeit fixiert, die auch entsprechend anerkannt wurde. Das galt auch für die ausländischen Vertragsarbeiter, die ihren temporären Platz in der Gesellschaft hatten. Rassismus heute funktioniere anders.

Einen sozialen Hintergrund, die Erfahrung einer Arbeiterbewegung vermisst er bei den „institutionalisierten und Szene-Linken im Westen und heute damit in Gesamtdeutschland ... In Gegenstand, Politikverständnis, Theorie, Analyse und Personal ist sie von der Mittelschicht dominiert, früher hätte man Kleinbürgertum gesagt, dass die für sie relevanten Probleme verhandelt. Die Ursprünge einer Arbeiterbewegung, deren Ansatz die katastrophale soziale Lage ihrer Klientel und damit Armut und Reichtum, Kapital und Arbeit, waren, spielen wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle.“ (76) Darum seien sie auch nicht in der Lage, die Erfahrungen von 70 Jahren Realsozialismus produktiv zu machen, verbleiben bestenfalls bei den Forderungen der westdeutschen Sozialdemokratie der Vergangenheit, die auch nicht mehr funktionieren.

So wichtig Kämpfe etwa um Identitäten sind, es ist letztlich ein Ringen nicht nur jenseits der Konfliktlinie von Kapital und Arbeit, es ist vor allem ein Verlassen der Interessenlage der „einfachen Bürger“. Eine solche Vorgehensweise treibe die Linke ins Leere und in die Bedeutungslosigkeit. Die so entstehenden Freiräume werden von Rechts sehr erfolgreich besetzt.

B. träumt zwar von den Chancen eines „digitalen Sozialismus“; seine Bestandaufnahme hier und heute ist aber weit bodenständiger. „Die Aktivisten werden weiterhin aus der verarmten Mittelschicht kommen, weil nur sie über die Bildungsressourcen verfügt, um ein reales Bild des Kapitalismus zeichnen und Auswege anbieten zu können.“ (80) Er setzt aber auf deren Einsichten und die Beachtung dessen, was er an der heutigen Fehlorientierung kritisiert. Ob dies reicht, bleibt offen, die Frage nach der Ostkompetenz und dem Ausbrechen aus einem privilegierten Umfeld hin zu den Arbeitenden in Deutschland wie in der Welt könnte einen Ausweg eröffnen.

Stefan Bollinger

Möglichkeiten und Grenzen des Projekts #aufstehen

Der Wunsch nach einer schlagkräftigen, dauerhaften und einflussreichen linken Sammlungsbewegung entspringt der anhaltenden Stagnation, Schwäche, ja dem Rückgang des parteipolitisch linken Lagers. Spiegelbildlich dazu vollzieht sich der Aufstieg einer partei- und bewegungspolitischen Rechten, die scheinbar immer stärker zum Anziehungspunkt eines großen Teils derer wird, die mit der Entwicklung in Deutschland und in der EU grundsätzlich unzufrieden sind. Der Protest ist nach rechts gerutscht – dieses bittere Fazit der letzten Jahre ist zweifellos ein Movens der Gründung des Projekts #aufstehen. Spricht man mit Freundinnen und Freunden, Bekannten und Verwandten, die sich grundsätzlich politisch links verorten aber nicht in die parteipolitischen Auseinandersetzungen

von Linken, SPD oder Grünen involviert sind, so finden die meisten die Idee erst einmal gut, haben aber mehr oder weniger große Zweifel, ob das klappen kann.

Dieses unbefangene Wohlwollen hat #aufstehen einen fulminanten Start im August 2018 beschert, der bis zum Dezember 167.000 Menschen dazu brachte, sich über die Onlinepräsenz des Projekts registrieren zu lassen. Diesem nach Aussagen aller Beteiligten nicht erwarteten Anfangserfolg folgt seit dem Spätherbst 2018 eine Phase der Ernüchterung und scheinbaren Ermüdung, die die Frage aufwirft, ob und wie der selbstgesteckte Anspruch einer linken Sammlungsbewegung umgesetzt werden kann bzw. wo die möglichen Widersprüche in diesem Ansatz stecken. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht hat sich in einem working paper des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung aus dem November 2018 mit #aufstehen befasst und seine Einschätzung zur Perspektive des Projekts zur Diskussion gestellt.¹ Ihm geht es dabei vor allem um die organisations- und bewegungspolitischen Voraussetzungen und Probleme von #aufstehen und nicht um eine umfassende inhaltliche Auseinandersetzung mit den bisher bekannten Positionen.

Als Stärken bzw. Pluspunkte von #aufstehen wertet Rucht – scheinbar paradox – die bei den Bundestagswahlen 2017 verloren gegangene „theoretische“ linke Mehrheit im Bundestag, die die Suche nach Gemeinsamkeiten verstärkt und Annäherungen auf parteipolitischer Ebene eher möglich gemacht hätten als in der Vergangenheit. Da die SPD sich nur durch eine Linksverschiebung von der Union abgrenzen könne, seien hier perspektivisch größere Schnittmengen möglich. Linke Regierungsbeteiligungen hätten eine pragmatische Ausrichtung der Linken innerparteilich akzeptabler gemacht. Weiter hätten die Führungsfiguren von #aufstehen – Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine – langjährige politische Erfahrungen, einen hohen Bekanntheitsgrad und mit Wagenknecht eine bundespolitisch agierende Persönlichkeit mit charismatischen Qualitäten. Diesen Stärken bzw. Potenzialen stellt Rucht jedoch eine Reihe von Defiziten gegenüber, die in seiner skeptischen Gesamtbewertung den Ausschlag geben.

So sei der fehlende Rückhalt Wagenknechts in der eigenen Partei und der Verdacht, #aufstehen sei auch ein Mittel im innerparteilichen Streit um Positionen z.B. in der Migrationsfrage, ein Hemmnis für die Bewegung. Aus der Perspektive des Bewegungsforschers kritisiert Rucht die Gründung von oben, die seiner Einschätzung nach im engsten Kreis vorbereitet und „ohne öffentliche Aufforderung zur Beteiligung ausgedacht“² wurde. Damit im Zusammenhang stehe die fehlende Verbindung zu vorhandenen sozialen Bewegungen, um die sich die Macher von #aufstehen in der Gründungsphase wohl auch nicht bemüht hätten. Das ändere sich jedoch aktuell durch Versuche von #aufstehen, sich im Netz-

¹ Dieter Rucht, *Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Sammlungsbewegung*, Institut für Protest- und Bewegungsforschung, ipd working paper 2/2018, Berlin.

² Ebd., S. 14.

werk der Friedensbewegung einzubringen oder auch bei den Protesten im Hambacher Forst vertreten zu sein. Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit des Projektes würden stärker als professionelle PR denn als Dialog mit den Aktivist_innen betrieben. Die bisher unzureichende inhaltliche Konkretisierung ist eine weitere Kritikpunkt von Rucht, da so die Unterstützer zunächst einen Blankoscheck unterschrieben, der erst noch mit Inhalten gedeckt werden müsse. Jedoch sei die inhaltliche Vagheit in der frühen Phase nicht allein Defizit sondern auch möglicher Ausweis demokratischer Offenheit, wurde doch von Wagenknecht die Erarbeitung eines Programms unter breiter Beteiligung auch lokaler Gruppen angekündigt. Schließlich sei auch die unklare Lage darüber, ob #aufstehen die Vorstufe zu einer neuen Partei oder tatsächlich eine Bewegung sei, ein Problem des Projekts.

So fällt Ruchts Bewertung der Perspektiven von #aufstehen skeptisch aus. Der Grundimpuls sei aus einer Situation der Schwäche entstanden: Schwäche der Leitfiguren des Projekts, die ihre Positionen innerhalb der Linkspartei nicht durchsetzen konnten; Schwäche der Linkspartei, die trotz offensichtlicher sozialer Probleme im Land seit Jahren stagniert und Schwäche im Aufbau tragfähiger Verbindungen zu SPD und Grünen, vor allem aber progressiven Bewegungen im Land.

Während Rucht vorsichtig, skeptisch die Möglichkeiten von #aufstehen aus Sicht des Bewegungsforschers darstellt, gehen die politischen Bewertungen des Projektes sehr viel direkter zur Sache. Vor allem mit Blick auf Wagenknecht wird die Befürchtung geäußert, hier ginge es um eine grundsätzliche Wende in der linken Migrationspolitik, hin zu stärkerer Abschottung, einhergehend mit einer Renationalisierung linker Kämpfe um Sozialstaat und Teilhabe. Auch wird die über den Bereich der Flüchtlingssolidarität hinausgehende Abstinenz von #aufstehen bei den sozialen Auseinandersetzungen im letzten Jahr kritisiert³, womit das Projekt den eigenen Anspruch, linke Kämpfe zu verbinden und zusammenzuführen, nicht gerecht werde.

Als Bezugspunkt für #aufstehen werden immer wieder „La France insoumise“ von Jean Luc Mélenchon, die „Momentum“-Kampagne der Labour-Party unter Jeremy Corbyn oder die Unterstützungsbewegung für Berni Sanders in den USA genannt. Hier wäre es sicherlich sinnvoll, die konkreten Bedingungen, inhaltlichen Ausrichtungen und parteipolitischen Anbindungen dieser Projekte genauer in den Blick zu nehmen. Im britischen und US-amerikanischen Fall waren es ja gerade Bewegungen, die eine innerparteiliche Richtungsentscheidung beeinflussen sollten, was jedoch den selbst genannten Anspruch von #aufstehen, überparteiliche Sammlungsbewegung der Linken zu sein, gleich wieder auf die innerparteiliche Auseinandersetzung in der LINKEN reduzieren würde.

Bemerkenswert ist der Bezug einiger bekannter linker Intellektueller und Kul-

³ Vgl. exemplarisch die Einschätzung von Thomas E. Goes, Sammlung „Aufstehen“ – Gute Idee, schlecht gemacht, <https://diefreiheitsliebe.de/politik/sammlung-aufstehen-gute-idee-schlecht-gemacht/>

turschaffenden, wie Volker Braun, Christoph Hein, Daniela Dahn oder Ingo Schulze auf das Projekt. Das könnte dem Bedürfnis entspringen, Möglichkeiten eingreifender Politik von links jenseits der parteipolitischen Wege zu eröffnen. Die bisher wenigen öffentlichen Kundgebungen von #aufstehen lassen – zumindest für das auf der Straße aktivierbare Potenzial – eher einen anderen, höheren Altersdurchschnitt vermuten, als das beispielsweise bei #unteilbar der Fall war. Strategisch war die offensichtlich vorschnell und nicht im Projekt abgesprochene Distanzierung Sahra Wagenknechts von der #unteilbar-Demo in Berlin ein schwerer Fehler. Gerade hier wäre es möglich gewesen, dem durch Äußerungen führender Vertreter_innen von #aufstehen zu den Themen Migration und Nation ohnehin verbreiteten Misstrauen gegen das Projekt etwas entgegen zu setzen.

Im Frühjahr wird sich voraussichtlich entscheiden, ob #aufstehen den Weg von der virtuellen zur realen Bewegung gehen kann. Mit der Vorlage eines eigenen „Regierungsprogramms“ und einem großen Kongress soll die zweite Phase des Projekts beginnen. Zweifel sind angebracht, ob #aufstehen tatsächlich die von den Aktiven erhoffte Breitenwirkung in der gesellschaftlichen Linken erzielen kann. Ein Scheitern wäre jedoch alles andere als ein Grund zur Hämmerung, die es schon immer wussten, denn für die Perspektiven der gesellschaftlichen Linken wäre das keine gute Nachricht.

Gerd Wiegel

Zauberwort Zivilgesellschaft

Sein Doppelheft zum 30jährigen Jubiläum widmet das *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* der „Zukunft der Demokratie“.¹ Anlass zur Sorge sehen einige Autoren in der schwindenden Vormachtstellung der sogenannten Volksparteien in Deutschland. Ein Vorwurf lautet, führende Akteure hätten Positionen des traditionell gegnerischen Lagers vereinnahmt. Die „marktkonforme Sozialdemokratie“ seit der „Ära Schröder“, so Gerd Mielke, sei „Teil einer europaweiten Neuorientierung“ (27f.). Auf Mielkes Anklagebank sitzen auch die Ostdeutschen, die die „Tabu-Parteien“ (23) AfD und Linke wählen. Ralf Tils und Joachim Raschke beschuldigen hingegen die „Merkel-CDU“, durch „Stimmendobilmobilisierung“ die „Opposition“ – gemeint ist vor allem die SPD – „dauerhaft geschwächt und um die Chance des Machtwechsels gebracht“ zu haben (14). Adalbert Evers und Claus Leggewie diagnostizieren eine „Schwächung“ der Milieus, die bisher die Wählerschaft der Volksparteien gestellt hatten, außerdem eine gelockerte Verbindung zu „Vorfelddorganisationen“ wie „Gewerkschaften, Genossenschaften, Hilfs- und Freizeitorganisationen“ (34), was laut Mielke zu veränderten „Rekrutierungsmustern“ bei Parteimitgliedern und Berufspolitikern führt. Aus alledem ergibt sich eine „eingeschränkte Repräsentation bestimmter sozialer Gruppen“ (30). Edgar Grande glaubt, dass „die Konfliktstrukturen der

¹ Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1-2, Juni 2018. De Gruyter, 477 Seiten, 50 Euro.

kapitalistischen Industriegesellschaft (Kapital vs. Arbeit) weiter an Bedeutung“ verlieren und stattdessen „neue Spaltungslinien“ bei den Themen Einwanderung und europäische Integration wichtiger werden (53f.).

Es werden allerlei Heilmittel vorgeschlagen: Hubertus Buchstein will politische Ämter auf gemeindenahe Ebene verlosen, Ansgar Klein beschäftigt sich mit „Mikro-Engagement“ und meint „kleines, sozialraumnahes, auch nachbarschaftliches Engagement“ (101), Roland Roth hält eine „Demokratie-Enquête des Deutschen Bundestags“ für „überfällig“ (160ff.), Roman Huber und Anne Dänner wollen „Bürgergutachten zur Stärkung der Demokratie“ (171), Thomas Meyer empfiehlt ein bürgerschaftliches „Neues Wir“, das „das Gebot der Höflichkeit“ achte, also „Respekt statt Macht und Ellenbogen“ (144). Eckhard Priller erörtert die Folgen von Digitalisierung und wachsender sozialer Ungleichheit für „die Zivilgesellschaft“, er scheint jedoch nicht in Betracht zu ziehen, diese könne auf die genannten Prozesse maßgeblich Einfluss nehmen (189ff.).

Wolfgang Schroeder sieht die „Anpassungs- und Innovationsfähigkeit der Gewerkschaften“ in Bezug auf das „digitale Zeitalter“ und die Mitgliederentwicklung gefordert (288). Die Gewerkschaften wurzelten historisch in „der reformistischen Arbeiterbewegung“ und verstünden sich als „Akteure einer lebendigen (...) Demokratie und als Zähmer des Kapitalismus“ (ebd.). Schroeder erwähnt, dass „fast ein Viertel aller (...) Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeitet, er nennt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns aber eine Niederlage für die Gewerkschaften. Seinen Aufhänger, dass 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder AfD wählen, verliert er im Lauf des Textes aus den Augen. Dieter Rucht fragt danach, inwieweit soziale Bewegungen in ihrer Geschichte sowohl die Gesellschaft als auch die eigenen Organisationen demokratisiert haben. Auf der Systemebene schätzt er deren Erfolg als sehr begrenzt ein, intern hätten sie aber autoritäre Strukturen zurückgedrängt, verglichen mit den 1970ern; damals hätten oft „Platzhirsche“ sich „in ausholenden Belehrungen der (...) Genossen“ (49) ergangen.

Ein Teil der Beiträge befasst sich mit europäischer und globaler Politik. „Die Europäische Union ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte“, behaupten Thiemo Fojkar und Peter Backfisch (347ff.). Für eine hohe Jugendarbeitslosigkeit in mehreren Ländern machen sie unter anderem das Fehlen eines dualen Ausbildungssystems nach deutschem Vorbild verantwortlich. Zwar kritisieren sie allgemein Austeritätspolitik, aber über die deutsche Politik gegenüber Griechenland im Zuge der Finanzkrise schweigen sie diskret. Helmut Fehr kommt mit Blick auf die osteuropäischen Staaten recht unmittelbar vom Ende des sogenannten realen Sozialismus zu den autoritären Führungen von heute (354ff.). Die dazwischen liegende Phase des neoliberalen Niedergangs wird gnädig ignoriert. In einem lesenswerten Beitrag vergleicht Karin Priester die als Bewegungen auftretenden Parteien bzw. Parteienbündnisse La France Insoumise, La République en Marche und die italienische Fünf-Sterne-Bewegung und gelangt zu einem ernüchternden Befund: „Der vermeintlich demokratische Abbau von Hierarchie führt strukturell zu größerer (...) Machtkonzentration in der Hand

(...) einer Avantgarde, und zwar unabhängig von der sozialen Basis.“ (67)

Die globale Erwärmung als eine ernsthafte Bedrohung der menschlichen Lebensgrundlagen wird in einigen Artikeln angesprochen. Frank Adloff betont mit Recht den engen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Klimawandel (298ff.). Wenig überzeugend klingt es allerdings, wenn er die Bewegungen zu Degrowth und zur Gemeinwohlökonomie als Kern von Milieus bezeichnet, die dieser Entwicklung etwas entgegen setzen sollen. Insgesamt ist im Heft von Ökonomie wenig und von Klassen gar nicht die Rede. Politik wird häufig als Frage der richtigen Werte dargestellt. Zivilgesellschaft, Ehrenamt, Engagement und direkte Demokratie sind regelmäßig bemühte Zauberformeln. Die Partei, die praktisch nicht kritisiert wird, sind Bündnis 90/Die Grünen. Deren Positionen sind der implizite Ausgangspunkt einer Mehrzahl der Texte.

Michael Zander

Automobilindustrie und gesamtkapitalistische Interessen

Unter dem Schwerpunkttitle „Dieselgate, Verkehrschaos, Klimakrise“ beschäftigt sich das Heft 1/2019 der „Marxistischen Blätter“ mit der Automobilindustrie, d.h. mit dessen zentraler Rolle im deutschen Kapitalismus. Klaus Wagener zeigt, dass der aktuelle Fokus auf die E-Mobilität, d.h. das Elektroauto, ein umwelt- und klimapolitischer Irrweg ist. Mit den beschäftigungspolitischen Aspekten dieses Irrwegs setzt sich Achim Bigus auseinander und erinnert, dass die gewerkschaftlichen Positionen hierzu schon einmal weiter waren. Die Bedeutung der Automobilindustrie für das bundesdeutsche Kapital skizziert Stefan Kühner, Beate Landefeld stellt die Eigentums- und Machtverhältnisse bei den drei bundesdeutschen Automobilproduzenten Daimler, BMW und VW dar. Schließlich nennt Winfried Wolf zehn Eckpunkte einer klimawirksamen Verkehrswende. Die Beiträge sind außerordentlich informativ und solide belegt, die Lektüre des Schwerpunkts bringt den Leser auf den aktuellen Stand der Debatte. Schon deshalb lohnt das Heft.

An dieser Stelle soll es aber um kapitaltheoretische Aspekte gehen, die in den Beiträgen explizit oder implizit aufgeworfen werden: Inwieweit reflektiert die Politik (am Beispiel der Verkehrspolitik) allgemeine oder besondere Kapitalinteressen, hat sich an diesem Verhältnis Wesentliches verändert?

Klaus Wagener formuliert einleitend: „Der Staat spielt in der neoliberal-modifizierten Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus mehr und mehr nur noch die Rolle des servilen Dienstleisters von Partialinteressen. Er kann seine ausgleichende, teilweise auch fordernd-profiteinschränkende Rolle als ideeller Gesamtkapitalist immer weniger wahrnehmen.“(21) Auch wenn die jüngsten Äußerungen des CSU-Bundesverkehrsministers Scheuer zur Feinstaubbelastung und zum Tempolimit auf Autobahnen tatsächlich kaum anders als „servil“ bezeichnet werden können, reizt Wageners Behauptung doch zunächst zum Widerspruch, und zwar aus zwei Gründen:

- Wie insbesondere die Beiträge von Kühner, Bigus und Landefeld zeigen, geht es bei der Automobilindustrie nicht bloß um irgendwelche „Partialinteressen“, sondern um die Interessen von Kapitalfraktionen, die sowohl für das Exportmodell (dieser Aspekt kommt in den Einzelbeiträgen m.E. etwas zu kurz) als auch das sozialpartnerschaftliche Wirtschaftsmodell Deutschlands zentral sind: Die Autoindustrie hat eine „überragende Bedeutung ... für die deutsche Volkswirtschaft“, stellt Landefeld fest, „eine Branche dieser Größenordnung genießt von vorneherein besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge des Staates.“ (53) Richtig ist allerdings, dass die Dominanz der Auto-Interessen mittelfristig gewaltige gesamtwirtschaftliche Schäden nach sich zieht, also auch ‚ideellen‘ gesamtkapitalistischen Interessen zuwiderläuft.

- Dies führt zum zweiten Einwand: Der kapitalistische Staat und dessen Politik spiegelt schon immer widerstreitende Interessen von Kapitalfraktionen und (bis zu einem gewissen Grade) anderen gesellschaftlichen Gruppen wider. Eine gegenüber kapitalistischen „Partialinteressen“ „fordernd-profiteinschränkende Rolle als ideeller Gesamtkapitalist“ kann der Staat daher niemals selbständig, aus sich heraus, ausüben, diese muss ihm immer wieder im Rahmen sozialer Auseinandersetzungen aufgezwungen werden.

Trotz dieser prinzipiellen Einwände verweist Wagener zu Recht auf neue Aspekte im Verhältnis zwischen Kapitalinteressen und Politik. Hierbei ist die deutsche Autoindustrie – wie Landefeld zeigt - mit ihrer einerseits durch Familieninteressen (BMW: Qandt/Klatten; VW: Piech/Porsche), andererseits durch besondere Staatsnähe (VW) gekennzeichneten Eigentümerstruktur ein eher untypisches Beispiel. Im Zuge der Finanzialisierung des Kapitalismus wächst die Bedeutung institutioneller Anleger, Fonds und Vermögensverwalter als Eigentümer, was in der deutschen Autoindustrie nur bei Daimler ausgeprägt ist (56). Diese Investoren sind vor allem an hohen Renditen interessiert, sie sind mit dem stofflichen Charakter der von ihnen ganz oder teilweise beherrschten Unternehmen relativ wenig verbunden, da sie ihr Kapital über die Finanzmärkte rasch und flexibel verschieben können: Läuft das Auto nicht mehr geht man eben in andere Branchen. Das heißt aber nicht, dass stofflich begründete kapitalistische Partialinteressen für die Politik nicht weiter wirksam wären, eher im Gegenteil: Denn während reine Finanzinvestoren als Eigentümer ihr Kapital über die Finanzmärkte rasch von einer Industrie in die andere, von einem ‚nationalen‘ Standort in den anderen verschieben können, muss die national verfasste, an die jeweiligen Standorte gebundene politische Ebene dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Raumes, d.h. dessen jeweiliger ökonomischer Struktur, erhalten bleibt bzw. gesteigert wird. Die Beobachtung Wageners, dass die politische Ebene mehr und mehr zum „servilen Dienstleister“ bestimmter standortrelevanter Partialinteressen wird, diesen immer weniger „fordernd-profiteinschränkende“ Schranken setzt, könnte also insofern begründet sein: Angesichts der gesteigerten Fungibilität des (Finanz)Kapitals muss die räumlich gebundene politische Ebene (Bund, Land, Kommune) sich umso mehr dafür einsetzen, dass die Renditen strukturelevanter Wirtschaftszweige hoch und stabil bleiben, auch wenn diese unter ‚ideellen‘ gesamtkapitalistischen Aspekten

eher schädlich sind. Die Unverschämtheit, mit der die Chefs der Autokonzerne gegenüber der Politik auftreten und die „Servilität“, mit der selbst „grüne“ Politiker sich beeilen, jeden Verdacht „autoskeptischer“ Haltung zu vermeiden, erklärt sich aus dieser Abhängigkeit. Träfe diese Analyse zu, dann würde dies die Bedeutung sozialen Drucks und sozialer Bewegungen für die Umsetzung von auch im kapitalistischen Gesamtinteresse „vernünftige“ Lösungen (viel mehr ist auch die von Wolf skizzierte klimakonforme Verkehrswende nicht) erhöhen, weil die staatlichen Apparate von sich aus unter dem Druck der Renditewünsche des extrem mobil gewordenen Kapitals kaum noch autonome Handlungsspielräume besitzen. Bloße „fortschrittliche“ parlamentarische Mehrheiten und der „Marsch durch die Institutionen“ sind immer weniger Garant für wirkliche Politikveränderungen.

Jörg Goldberg